Nummer 261

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe • Preis 10 Pfennig. 71. Jahrgang. Mittwoch, 9. Juni 1926

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman

Unverlangt eingeschickte Manuscripte werden nicht berücksichtigt

Für Manuscripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung

Verantwortl. Leiter Handelsteil: W. Sunk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Steglitz; Inseratenteil: L. D. Direktor A. Lorek, Berlin W 8; Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten.

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1926 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 200 französische Francs, Belgien 175 belgische Francs, Schweiz 40 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinar; für den Monat Juni 1926 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,— Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Französisch-belgische Maßnahmen zum Schutz der Francswährungen.

Rücktritt Perets?

Gemeinsame Aktion gegebenenfalls auch mit Italien. — Theunis fährt nach Paris.

Brüssel, 8. Juni.

Der Genfer Korrespondent des „Peuple" schreibt: Vandervelde und Theunis hatten heute vormittag mit Briand und Loucheur eine Unterredung, die sich auf Maßnahmen zum Schutze der nationalen Währungen bezog. Es wurde Uebereinstimmung hinsichtlich einer gemeinsamen Aktion Belgiens, Frankreichs und gegebenenfalls auch Italiens zum Schutze der Wechselkurse erzielt.

Wie Vandervelde erklärte, wird sich Theunis morgen nach Paris begeben, um sich sofort mit den zuständigen Dienststellen des französischen Finanzministeriums in Verbindung zu setzen.

TU Paris, 8. Juni.

In den Wandelgängen der Kammer ging heute nachmittag das Gerücht um, daß Finanzminister Peret von seinem Posten zurückzutreten beschlossen habe und daß dieser Beschluß bei Ausgang des morgigen Ministerrates offiziell bekannt gegeben wird. Die Erregung in politischen Kreisen ist außerordentlich groß. Die Nachricht scheint den Tatsachen zu entsprechen. Man erinnert daran, daß Peret bei Ausgang des letzten Ministerrates seine Ohnmacht gegenüber der Devisenhausse mit den Worten eingestand: „Es seien versteckte Kräfte am Werk, von denen die Regierung nichts wußte." Diese Aeußerung, die für einen Finanzminister ebenso aufrichtig wie ungeschickt war, wurde Peret in den letzten Tagen wiederholt vorgeworfen, und es wurde behauptet, daß die Frankenbaisse auf den unguinstigen Eindruck zurückzuführen sei, die diese Erklärung hervorgerufen habe. Kurz vor Aufhebung der Kammersitzung wurde bekannt, daß sich Peret zum Finanzministerium begeben hat und es ablehnte, die Nachricht von seiner bevorstehenden Demission offiziell zu dementieren. Die Pariser Nachrichtenagenturen geben die Meldung als Gerücht wieder.

In den Wandelgängen der Kammer werden bereits die Folgen einer solchen Demission lebhaft erörtert. Es sind zwei Ansichten vertreten. Die eine Gruppe glaubt, daß der Rücktritt Anlaß zu einer großen nach dem Zentrum erweiterten Kabinettsbildung sein wird, während die andere die Ansicht vertritt, daß mit dem Rücktritt des Gesamtkabinetts zu rechnen ist. Die letzte Auffassung ist die vorherrschende. Man spricht von der Bildung eines großen Kabinetts der nationalen Einigung, in das mehrere gewesene Ministerpräsidenten, darunter Herriot und Poincaré, eintreten würden. Nach Genfer Meldungen, die von der Radioagentur allerdings mit Vorbehalt wiedergegeben werden, hat Briand auf Befragen erklärt, daß er im Falle einer Demission Perets mit dem ganzen Kabinett zurücktreten werde.

Sparmaßnahmen in der französischen Verwaltung.

Paris, 8. Juni.

Das aus den Ministern des Innern, der öffentlichen Arbeiten, der Landwirtschaft und des Handels bestehende Komitee zur Prüfung der Einschränkungsmaßnahmen hat heute vormittag unter Hinzuziehung einiger höherer Beamter verschiedener Ministerien seine erste Sitzung abgehalten und sich, wie das veröffentlichte Communiqué besagt, mit den Einschränkungsmaßnahmen beschäftigt, die innerhalb des staatlichen Betriebes selbst durchgeführt werden können, da der Staat mit gutem Beispiel vorangehen müsse. Schon jetzt steht, so besagt das Communiqué, fest, daß der Ausschuß keine Maßnahmen ergreifen werde, die die bisherige französische Handelsvertragspolitik beeinträchtigen könnten bzw. geeignet wären, Gegenmaßnahmen des Auslandes zu rechtfertigen.

Diese Stelle des Communiques hat besondere Bedeutung im Hinblick auf die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Wie auch die Abendpresse hervorhebt, möchte man nicht den Eindruck aufkommen lassen, daß die geplanten Einfuhrbeschränkungen gegen diesen oder jenen Nachbarstaat gerichtet sind. Die Sitzung des Komitees mußte vorzeitig unterbrochen werden, da der Wirtschaftsminister und der Direktor Serruys, der Führer der französischen Wirtschaftsdelegation, der bei der Sitzung ebenfalls beiwohnte, eine Konferenz mit dem Leiter der deutschen Wirtschaftsabordnung, Geheimrat Posse, hatte. Das Komitee nahm um 4 Uhr nachmittags seine Sitzung wieder auf.

Wie „Paris Soir" zu wissen glaubt, hat das Komitee heute vormittag bereits zu der Frage der Einfuhr von Rohstoffen Stellung genommen und beschlossen, daß an Stelle von Blei künftig Eisen eingeführt werden soll. Auch der Verbrauch von Papier soll eingeschränkt werden. Wahrscheinlich werden die Zeitungen nur noch in stark eingeschränktem Umfange erscheinen dürfen.

Die Ziele der Rechtsbewegung.

Von Valentinus.

Die Rechtsbewegung hat in langen und vielfach opferreichen Kämpfen ihre Lebensfähigkeit erwiesen. Der Zusammenschluß ihrer vorerst noch oft getrennt arbeitenden Teile zu einem einzigen großen, fest in der Hand bewährter Führer liegenden Verbande soll die baldige Gewinnung der gesetzlichen Macht entscheidend vorbereiten. Wie bei Staaten und Völkern, so gilt auch für die politischen Organisationen die Wahrheit des Satzes, daß sie sich durch die Mittel, unter deren Anwendung sie hoch gekommen sind, weiter erhalten. Daher wird die heroische Denkungsart, die — wie in früheren Aufsätzen dargelegt — alle von nationalem Willen beseelten Menschen verbindet, notwendigerweise die Handlung jeder vaterländischen Regierung künftig in Deutschland kennzeichnen müssen. Zu dieser heroischen Einstellung gehört unirennbar — was in den früher erschienenen Aufsätzen gleichfalls schon hervorgehoben ist — die entschiedene Abwendung vom Materialismus. Indessen beabsichtigt die Rechtsbewegung keineswegs, das — den Menschenfreund bei jedem erneuten Anblicke zwar immer wieder betrübende, aber doch oft auch die Unzulänglichkeit sichtbarin verkörpernde — Bild des Idealisten darzustellen, der an der Wirklichkeit zerbricht, weil er die ersten Hindernisse nicht zu überwinden versteht. **Allen national fühlenden Menschen schweben Ideale vor, die wir deshalb keineswegs aufzugeben gewillt sind, weil wir es vermeiden, hier oder anderswo von ihnen zu sprechen.** Zunächst aber wollen wir die Freiheit des Handelns gewinnen. Sollten sich uns in der Zeit, da wir einig auf errungenem festen Boden stehen, neue — wenn auch längst vertraute — Ziele in erreichbarer Nähe zeigen und müßten wir dann erkennen, daß die Hauptsache erst noch zu tun sei — um so besser für die vaterländische Bewegung! Vorerst aber bedarf es des Willens, die reale Grundlage herzustellen, der der aus alles Wirken — auch das vom Ideal getragene — allein möglich erscheint. Es ist daher kein Zeichen des Materialismus, wenn wir jetzt bei dem Versuche, uns über die Ziele der Rechtsbewegung Klarheit zu verschaffen, unsere Blicke auf die deutsche Wirtschaft richten. **Wir lehnen zwar mit aller Entschiedenheit die Meinung ab, daß Politik Wirtschaft sei. Aber eine gesunde Wirtschaft ist das Fundament jeder Politik — zum mindesten jeder guten.**

Man braucht in nationalen Kreisen wohl nicht den Wert der Landwirtschaft hervorzuheben und künftig wird noch weiter auf die Bedeutung einzugehen sein, die dem Bauernstande jeder Art für die gesunde Entwicklung eines Volkes zukommt. Jedoch sei schon an dieser Stelle die außerordentlich wichtige Stellung betont, die in der Gesamtwirtschaft des deutschen Volkes die ländlichen Betriebe einnehmen. Seitdem wir den überwiegenden Teil unserer Erz- und Kohlengebiete verloren haben, ist die ursprunghafte Hervorbringung neuer Werte zum größten Teile in Deutschland Sache der Landwirtschaft. Die Bereicherung des Volkes geht daher heute mehr wie je vom Landwirt aus. Dieser Wertschöpfung kommt zur Zeit noch ein besonders hoher Rang zu, da der Ausfuhrhandel, der sonst gleichfalls eine Vermehrung des Volksvermögens herbeiführt, noch immer stark daniederliegt. Selbst wenn es aber den vereinten Anstrengungen von Industrie und Handel gelingen sollte, unsere Handelsbilanz stärker — als dies bisher geschehen ist — zu aktivieren, so würde dadurch die landwirtschaftliche Erzeugung keineswegs an Bedeutung einbüßen. Vielmehr ist der Glaube, daß die landwirtschaftliche Urerzeugung durch die auf dem Exportwege erfolgende Hereinbringung fremder Zahlungsmittel ersetzt werden könne, durchaus abzulehnen. Exportgewinne haben stets eine verhältnismäßig ungestörte Weltlage zur Voraussetzung. Kriege stören den Außenhandel auch der neutralen Völker, ja legen deren Export, wie wir im Weltkrieg gesehen haben, bisweilen völlig lahm. In derartig unruhigen Zeiten — deren Wiederkehr gewiß kein nüchtern Denkender für ausgeschlossen halten wird — ist die Stabilität der Volkswirtschaft in Folge Versagens des Ausfuhrgeschäftes von dem Vorhandensein einer lebenskräftigen Landwirtschaft abhängig. Solche Abhängigkeit besteht nach richtiger Auffassung auch schon dann, wenn die Einfuhr von Lebensmitteln noch möglich ist. Denn jeder starke Import muß notwendigerweise schnell zur Verschuldung eines Volkes führen, sofern er weder durch eigene Urproduktion, noch durch gewinnbringende Exportleistungen ausgeglichen werden kann. Versogt aber auch der regelmäßige Einfuhrhandel, so ist ein Volk, das nicht von der eigenen Scholle zu leben vermag, geradezu — wie uns ja wohlbekannt ist — dem Hungertode nahe. **Es ist daher Pflicht der Selbsterhaltung einer Nation, ihre Landwirtschaft soweit zu bringen, daß sie das Volk ernähren kann. Auch wird kein vaterländisch Denkender bezweifeln, daß es eine Sache des Ehrgefühls ist, das Volk durch Bewahrung eines gesunden Nährstandes von der Gnade des Auslandes unabhängig zu machen.**

Die für die Volksgesamtheit beschämende Ungunst der Lage unserer ländlichen Betriebe kann von Staats wegen auf drei verschiedenen Wegen, die sämtlich unbedingt und sobald als möglich begangen werden müssen, gebessert werden. Es ist zunächst eine weitgehende steuerliche Schonung der Landwirtschaft einzuleiten. Bis zur Wiederkehr besserer Zeiten könnte sogar in Erwägung gezogen werden, landwirtschaftliche Unternehmungen aller Arten völlig von der Steuer freizustellen. Grundsätzlich ist jedoch namentlich eine Beseitigung der Erbschaftssteuer zu fordern, deren Erhebung — insbesondere, wenn der Erbe des Hofes mehrere Geschwister auszuzahlen hat — die Erhaltung des Besitzes fast stets in ernstteste Frage stellt und häufig den Grund für einen späteren Zusammenbruch der Wirtschaft legt. Weiterhin ist durch Ausgestaltung der Zollgesetzgebung dem Landwirt ein Preis, bei dem er bestehen kann, für seine sämtlichen Erzeugnisse zu gewährleisten und ferner hat der Staat eine Bereitstellung von Mitteln zu veranlassen, die dazu bestimmt sind, die rasch kündbaren Schulden der Landwirte in langfristige Kredite umzuwandeln. Damit sind die Mindestforderungen genannt, die jede auf nationalem Boden stehende Regierung für die Landwirtschaft durchzusetzen haben wird.

Die Schwierigkeiten, unter denen die Industrie leidet, bestehen — auf kürzeste Formel gebracht — einerseits darin, daß die Absatzmöglichkeiten im In- und Auslande an sich gegenwärtig stark eingeengt sind, während andererseits die Höhe der Produktionskosten eine Preissenkung zum Zwecke der Umsatzsteigerung verhindert, sowie die Erzielung angemessener Gewinne erschwert oder oft auch ganz unmöglich macht. **Rechtsgerichtete Politiker werden — ihrer nationalen Einstellung entsprechend — stets das Streben bekunden, der Produktion einen festen inneren Markt zu sichern.** Dieses Ziel wird noch lange Zeit andauernden — Verhältnisse ganz vorwiegend durch Hebung der landwirtschaftlichen Kaufkraft anzustreben sein. **An diesem Punkte besteht die von den nationalen Kreisen immer wieder betonte unlösbare Verbundenheit der Belange von Landwirtschaft und Industrie.** Eine gesunde und dauerhafte Konjunkturbesserung ist für die herstellenden Betriebe nur möglich, wenn flüssige Mittel in den Kassen der Landwirte vorhanden sind. Aus den vorstehenden Betrachtungen ergibt sich auch ohne weiteres das Interesse, das die Industriearbeiterschaft an dem Gedeihen der Landwirtschaft hat. — Fraglos würde auch eine Stärkung des inneren Marktes aus einer Beseitigung der direkten progressiven Steuern sich ergeben, da durch eine solche Maßnahme ein Fortschritt der Kapitalbildung überhaupt erst ermöglicht würde. (In dieser wie zu anderen Steuerfragen verweise ich auf die vor kurzem in der „Berliner Börsen-Zeitung" erschienene Artikelreihe „Steuern im Geiste einer Notzeit".) — Grundsätzlich abzulehnen ist dagegen die Lehre, daß aus einer Steigerung der Löhne, der keine verstärkte Arbeitsleistung gegenübersteht, sich eine reale Vermehrung der Kaufkraft ergeben könnte. Die Inflationszeit hat uns zur Genüge darüber belehrt, daß einer absoluten Erhöhung des Arbeitsentgeltes stets eine entsprechende Preissteigerung nach festen wirtschaftlichen Gesetzen zu folgen pflegt, wodurch dann der reale Effekt der Lohnsteigerung hinfällig wird. Eine verantwortungsbewußte nationale Politik wird es stets ab-

Heute Fürstendebatte im Reichstag.

Gestern nachmittag haben die in unserem gestrigen Abendblatt angekündigten Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Regierungsparteien über den Regierungsentwurf für die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern stattgefunden. Es wurde vereinbart, daß heute in der Plenarsitzung des Reichstages die erste Lesung der Regierungsvorlage stattfinden soll. Die Regierung unternimmt also wenigstens den Versuch, dem Gegenstand des Volksentscheides ein Abfindungsgesetz entgegenzustellen. Ob dieser Versuch zu einem Erfolge führt, muß sich in den nächsten Tagen herausstellen. Wie wir schon mitteilten, möchte die Regierung durch eine Präambel dem Abfindungsgesetz den verfassungsänderndem Charakter nehmen, damit es mit einfacher Mehrheit im Reichstage angenommen werden könnte. Es ist gestern vereinbart worden, daß die Regierungsparteien dem Kabinett die Initiative in dieser Beziehung abnehmen und von sich aus diese Frage im Rechtsausschuß aufwerfen wollen, an den die Vorlage überwiesen werden wird. Zunächst wird sich die Reichsregierung darauf beschränken, in einer Erklärung, die voraussichtlich im Reichstagsplenum abgegeben werden wird, um möglichst schnelle Verabschiedung der Gesetzesvorlage zu ersuchen.

Die Aussichten für eine Einigung auf der von der Regierung skizzierten Grundlage und für Annahme der Regierungsvorlage auch nur mit einfacher Mehrheit werden auch in den Kreisen der Regierungsparteien pessimistisch beurteilt. Die Demokraten versuchen schon jetzt, die Schuld an dem von ihnen erwarteten Nichtzustandekommen der einfachen Mehrheit der Veröffentlichung des Hindenburg-Briefes, also dem Reichspräsidenten zuzuschieben. Sie sagen, die einfache Mehrheit hätte zustande kommen können, wenn, auch unter Ablehnung durch die Deutschnationalen, bei Zustimmung der Regierungsparteien die Sozialdemokraten sich der Stimme enthalten hätten. Die Veröffentlichung des Hindenburg-Briefes hätte die Sozialdemokraten aber derartig erzürnt, daß sie jetzt garnicht daran dächten, durch Stimmenthaltung die Regierungsvorlage zu retten. Jeder, der die Politik der Sozialdemokraten in der Fürstenfrage verfolgt hat, weiß, daß die Sozialdemokraten lange vor der Veröffentlichung des Hindenburg-Briefes sich viel zu sehr auf die entschädigungslose Enteignung und auf die Ablehnung jeder, auch der geringsten Zuwendung an die Fürsten festgelegt halten, als daß sie ein paar Tage vor der Entscheidung würden umfallen und ein bürgerliches Abfindungsgesetz würden retten können. Die Behauptung der demokratischen Presse, die Sozialdemokraten seien erst durch die Veröffentlichung des Hindenburg-Briefes entschiedene Abfindungsfeinde und entrateste Enteignungsfreunde geworden, ist so plump, daß sie wohl selbst von den Lesern der Berliner demokratischen Presse nicht geglaubt werden wird.

Die Kommunisten haben im Reichstage eine Interpellation wegen der Veröffentlichung des Hindenburg-Briefes eingebracht, außerdem wird die kommunistische Reichstagsfraktion einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Marx einbringen, der bei der Beratung über das Fürstenkompromiß der Regierung voraussichtlich am Donnerstag mit zur Verhandlung im Reichstage und evtl. zur Abstimmung stehen wird. Die Sozialdemokraten haben entgegen ihrer ursprünglichen Absicht auf eine Interpellation wegen des Hindenburg-Briefes verzichtet, doch wollen sie die erste Lesung des Gesetzentwurfes über die Fürstenabfindung zum Anlaß nehmen, die Leitartikel, die der „Vorwärts" über diese Angelegenheit mit viel künstlicher Aufregung in den letzten Tagen geschrieben hat, in gewaltiger Form von der Rednertribüne im Reichstage heraus vorzutragen.

Der Aeltestenrat des Reichstages beschäftigte sich gestern mit der Geschäftslage des Reichstages. Es wurde beschlossen, das Reichsknappschaftsgesetz in der Dienstag- und Mittwochsitzung zu erledigen. Von der Linken wurde beantragt, die nächste Woche sitzungsfrei zu lassen, um den Abgeordneten Gelegenheit zu geben, sich an der Agitation für den Volksentscheid zu beteiligen. Demgegenüber wurde von anderer Seite empfohlen, nur die letzten drei Tage der nächsten Woche sitzungsfrei zu halten. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt. Die endgültige Entscheidung fällt in einer neuen Sitzung des Aeltestenrats am Mittwoch. Allgemein wurde an der Absicht festgehalten, die Sommerferien Ende Juni beginnen zu lassen. Sollte jedoch die ganze nächste Woche sitzungsfrei bleiben, so würde sich die jetzige Tagung des Reichstages noch um einige Tage, etwa bis zum 2. oder 3. Juli hinausschieben. Der Reichstag wird sich dann bis zum November vertagen.